

Methan: Schmutzig, gefährlich und treibende Kraft hinter der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen

Toplines:

- Methan ist eine Gefahr für das Klima und die Gesundheit: Fossiles Gas, insbesondere sein Bestandteil Methan, ist ein Treibhausgas, das erheblich zur globalen Erderwärmung beiträgt und direkte Gesundheitsrisiken für Gemeinden in der Nähe von Förderstätten und LNG-Infrastrukturen darstellt.
- Deutschland und die EU verfestigen die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen: Langfristige Verträge, staatliche Subventionen und politische Entscheidungen vertiefen die Abhängigkeit von importierten fossilen Brennstoffen und untergraben damit Klimaziele und die Energiesouveränität.
- Die USA verschärfen die Klimakrise: Als weltweit größter LNG-Exporteur bauen die USA ihre Infrastruktur für fossile Brennstoffe und deren Export weiter aus und stellen damit Profite über Menschen und Klimaverantwortung.
- Für eine Energiewende zu sauberen Energien sind dringende Maßnahmen erforderlich: Die Verteidigung der EU-Methanverordnung, die Einstellung neuer LNG-Investitionen, die Umsetzung eines fairen, vollständigen und finanzierten Ausstiegs aus fossilen Brennstoffen, die Beschleunigung der Nutzung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz sowie die Senkung des Energiebedarfs sind unerlässlich, um den 1,5-Grad-Pfad einzuhalten und Energiesouveränität zu erreichen.

Methan ist klimainkompatibel

Die Welt hat sich dazu verpflichtet, die globale Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Dieses Limit – geschweige denn eine Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 2 Grad – kann jedoch nicht erreicht werden, wenn die Länder weiterhin auf fossile Brennstoffe, einschließlich fossiler Gase, angewiesen sind. Fossile Gase werden oft irreführend als "saubere" Alternative zu Kohle oder Öl dargestellt. Doch auch sie sind fossile Brennstoffe, die große Mengen an Treibhausgasen ausstoßen. Investitionen in die Gasinfrastruktur binden Emissionen für Jahrzehnte und untergraben somit direkt die Bemühungen, den 1,5-Grad-Pfad einzuhalten.

Methan, der Hauptbestandteil von fossilem Gas, ist ein starkes Treibhausgas. Über einen Zeitraum von 20 Jahren ist sein Treibhauspotenzial mehr als 80-mal so hoch wie das von Kohlendioxid (CO₂). Es speichert in kürzerer Zeit deutlich mehr Wärme in der Atmosphäre. Zwar zerfällt Methan schneller als CO₂ und hat eine atmosphärische Lebensdauer von etwa 12 Jahren, dennoch ist es für fast ein Drittel der aktuellen globalen Erwärmung verantwortlich und damit nach CO₂ der zweitgrößte Verursacher des Klimawandels.

Die Öl- und Gasförderung gehört zu den größten Quellen von Methanemissionen, wobei ein Großteil davon mit Flüssigerdgas (LNG) in Verbindung steht. Methanemissionen entstehen zunächst bei der Förderung aus Erdgasfeldern, Deponien oder landwirtschaftlichen Quellen, gefolgt von der Verarbeitung und Reinigung. Anschließend wird es über Pipelines transportiert oder zu LNG gekühlt, um es über Verteilungsnetze an Endverbraucher für die Energieerzeugung, Heizung oder industrielle Nutzung zu liefern.

Europas Gasabhängigkeit untergräbt die Energiesouveränität und -sicherheit

Die EU-Energieminister*innen haben kürzlich beschlossen, alle russischen Gasimporte zu beenden. <u>Eurostat-Daten</u> zeigen, dass die EU im Jahr 2024 zu 86 % von Erdgasimporten abhängig war, wobei Deutschland besonders stark importabhängig

war. Während etwa die Hälfte des deutschen Gases aus Norwegen stammt, wird ein wachsender Anteil aus Übersee in Form von LNG bezogen, das häufig über die Niederlande und Belgien transportiert wird. Rund 90 % der deutschen LNG-Importe stammen aus den USA.

Seit 2025 sind die Vereinigten Staaten der weltweit größte LNG-Exporteur, wobei ein erheblicher Teil der Exporte nach Europa geht – 53 % der gesamten US-LNG-Exporte im Jahr 2024.

Die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen führt zu riskanten politischen Entscheidungen

Jüngste Initiativen zielen darauf ab, die Bemühungen zur Verringerung der Abhängigkeit der EU von fossilen Brennstoffen zu untergraben. Mit der Methanverordnung (2024) hat die Europäische Union einen wichtigen Pfeiler ihrer Klimapolitik geschaffen und wichtigen Rahmen für die Erreichung ihrer Klimaziele für 2030 sowie ihres Ziels der CO2-Neutralität bis 2050 festgelegt. Für die Einhaltung des 1,5-Grad-Pfades ist die Aufrechterhaltung ihrer Integrität von entscheidender Bedeutung.

Obwohl die Verordnung derzeit nicht direkt von den Kürzungen im kommenden Energie-Omnibus 2026 betroffen ist, bleibt sie durch "Vereinfachungsprozesse" anfällig für eine Schwächung. Jede Verwässerung könnte den Weg für vermehrte LNG-Importe nach Europa, einschließlich Deutschland, ebnen und damit die Klimaziele der EU untergraben.

Das Handelsabkommen zwischen der EU und den USA (August 2025) verpflichtet die EU, über einen Zeitraum von drei Jahren US-Energieprodukte im Wert von 750 Milliarden US-Dollar zu kaufen – darunter LNG, Öl und Kernbrennstoffe. Es ist Teil eines umfassenderen Handelsrahmens, der einen US-Zoll von 15 % auf EU-Waren als Gegenleistung für reduzierte EU-Zölle vorsieht. Dieses Abkommen erhöht die Abhängigkeit der EU und Deutschlands von unzuverlässigen Importquellen erheblich und vergrößert damit die Gefahr potenzieller Versorgungsschocks für die Wirtschaft und die Bürger*innen der Union. Dieses Abkommen macht Europa anfälliger für den Druck der US-Regierung, birgt die Gefahr einer Institutionalisierung der langfristigen Abhängigkeit Europas von fossilen Brennstoffen und gibt Anlass zu Bedenken hinsichtlich der Energiesouveränität, des Handelsungleichgewichts und der Umweltkosten.

Schäden für die Öffentlichkeit

Die Auswirkungen von Methan auf das Klima und die Gesundheit sind verheerend, insbesondere durch die LNG-Exporte der USA. Neben dem bei der Verbrennung von LNG freigesetzten CO₂ kommt es in der gesamten LNG-Lieferkette zu Methanleckagen. Zur Gewinnung des Gases wird das umstrittene Verfahren des Hydraulic Fracturing ("Fracking") eingesetzt, das Erdbeben verursachen und das Trinkwasser verschmutzen kann. Aufgrund dieses zerstörerischen Verfahrens haben LNG-Exporte eine um 33 % größere Auswirkung als die Verbrennung von Kohle. Die Auswirkungen der Methanemissionen sind zwar global, aber am stärksten betroffen sind die Gemeinden vor Ort. Sie müssen die Hauptlast der schädlichen Verschmutzung und der Chemikalien tragen, die Krebs, Herzkrankheiten, Asthma und andere gesundheitliche Schäden verursachen können. Bis 2050 wird die zulässige Luftverschmutzung durch die LNG-Exportindustrie voraussichtlich über 4.000 Todesfälle und Gesundheitskosten in Höhe von 62,2 Milliarden US-Dollar verursachen.

Zusätzliche Risiken ergeben sich aus einer bevorstehenden globalen Angebotsüberflutung und einem Anstieg der LNG-Lieferungen um 50 % bis 2030. Das Risiko einer Überinvestition in US-LNG entsteht, wenn das Angebot die Nachfrage übersteigt und die Preise auf dem Spotmarkt einbrechen. Auf diesem Markt wird LNG kurzfristig statt langfristig gekauft. Dieser Anstieg von LNG auf dem Markt sowohl in der Vergangenheit als auch in der Zukunft bedeutet, dass viele US-Energieverbraucher aufgrund der drastisch gestiegenen Energiepreise, die durch die volatilen globalen Rohstoffmärkte verursacht werden, mit höheren Energiekosten konfrontiert sein werden. Selbst jetzt sind laut der Energy Information Administration die Preise, die US-Haushalte für Gas zahlen, in den letzten 10 Jahren um 52 % gestiegen.

Gasabhängigkeit festigt die Infrastruktur für fossile Brennstoffe

Was wir brauchen, ist ein fairer, vollständiger und finanzierter Ausstieg aus fossilen Brennstoffen. Stattdessen haben große deutsche Unternehmen langfristige Verträge für US-LNG abgeschlossen und damit ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen für die Stromerzeugung und die industrielle Produktion vertieft. So haben RWE und EnBW mehrjährige Lieferverträge mit US-Exporteuren wie Sempra Infrastructure und Venture Global LNG abgeschlossen, während SEFE und BASF ähnliche Verträge mit internationalen Lieferanten unterzeichnet haben. Diese Verpflichtungen verstärken die Abhängigkeit Deutschlands von importierter fossiler Energie. Dabei müssen die Emissionen schnell gesenkt werden, um die Klimaziele zu erreichen. Zudem verzögern sie die dringend notwendige Energiewende.

Die deutsche Regierung leistet weiterhin umfangreiche finanzielle Unterstützung für die LNG-Infrastruktur, obwohl keine Gasversorgungsnotlage besteht und die Auslastung gering ist. Dazu gehören:

- Mukran (Rügen): Bundesgarantien für die Pipeline (~1,38 Milliarden Euro) sowie zusätzliche öffentliche Mittel für die Standortentwicklung.
- Brunsbüttel: 40 Millionen Euro direkte staatliche Beihilfen für Bau und Betrieb sowie weitere öffentliche
 Investitionen und Bürgschaften zur Unterstützung des Gesamtprojekts in Höhe von 1,3 Milliarden Euro. Dies ist Teil
 eines umfassenderen 4-Milliarden-Euro-Förderpakets für schwimmende LNG-Infrastruktur.
- Stade (geplant): Noch in der Entwicklung, mit einigen regionalen öffentlichen Mitteln und Infrastrukturunterstützung, die für Hafen- und Anschlussarbeiten.

LNG-Projekte wirken sich auch auf die Gemeinden in der Nähe der Terminals in Deutschland aus. Die Anwohner*innen sind mit Lärm, industriellen Aktivitäten und potenziellen Sicherheitsrisiken konfrontiert, während der Bau und der Transport die Küstenökosysteme und die Fischerei beeinträchtigen. Die Gemeinden tragen die sozialen und ökologischen Belastungen der Infrastruktur für fossile Brennstoffe.

Methan erfordert dringendes Handeln

Die EU-Methanverordnung ist zwar ein wichtiger Schritt in Richtung Verantwortlichkeit für Emissionen innerhalb der EU und weltweit, doch sind gute Standards und weitere klimapolitische Maßnahmen erforderlich. Die EU und damit auch Deutschland müssen als Vorreiter fest zu ihrer Führungsrolle stehen, um den globalen Wandel voranzutreiben. Zu den wichtigsten Maßnahmen gehören:

- Die EU-Methanverordnung aufrechterhalten und verteidigen und sie für einen höheren globalen Standard nutzen: Die EU-Kommissare müssen die Verordnung weiterhin vor jeglichen Versuchen ihrer Schwächung schützen und künftige "Vereinfachungsprozesse" verhindern. Die EU-Methanverordnung als Maßstab nutzen, um weltweit strenge Methanstandards zu fordern.
- Beendigung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus den USA und anderen Ländern: Investitionen in neue LNG-Projekte und Erweiterungen, die die Infrastruktur für fossile Brennstoffe für Jahrzehnte zementieren würden und unseren gemeinsamen Klimazielen zuwiderlaufen, müssen eingeschränkt werden. Was wir stattdessen brauchen, ist ein fairer, vollständiger und finanzierter Ausstieg aus fossilen Brennstoffen.
- Beschleunigung der Umstellung auf saubere Energie: Wahre Energiesicherheit und -souveränität liegen in der raschen und gerechten Abkehr von fossilen Brennstoffen und Investitionen in erneuerbare Energien. Wir müssen aus Gas aussteigen, indem wir die Nachfrage senken, den Bau neuer Infrastrukturen stoppen und erneuerbare Energien und Energieeffizienz vorantreiben.